

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 11. Dezember 1986

Blatt 3045

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
EBS: Erste Gesprächsrunde des Finanz- und
Kontrollausschusses

Lokal:
(orange)

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen
Weihnachtsaktion in der Stadtinformation
Amtliche Weinernteerhebung in Wien: Meldepflicht!
Wie das Gaswerk Leopoldau entstand
Flohmarkt für "Licht ins Dunkel"

Kultur:
(gelb)

Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling

Nur

über FS: 10.12. Brand in einem Sex-Shop
Brand bei einer Spielwarenfirma
11.12. Hatzl: Wiener Strompreis ist korrekt

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (1)

Utl.: Freitag beginnt der Christbaumverkauf

1 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Auf 296 öffentlichen Plätzen werden in Wien ab Freitag, den 12. Dezember, Christbäume verkauft. Auch heuer werden wieder rund 200.000 Weihnachtsbäume zum Kauf angeboten. Der Verkauf findet täglich von 8 bis 20 Uhr statt.

Der Wiener Bevölkerung werden zu den Feiertagen wieder alle wichtigen Nahrungs- und Genußmittel sowie die traditionellen Festtagsspezialitäten in ausreichenden Mengen angeboten werden.

Zwtl.: Geflügel und Eier

Frische Hühner aus Österreich sowie Gänse und Truthühner vorwiegend aus den Ostblockstaaten, werden in ausreichender Menge auf den Markt kommen. Das Preisniveau ist stabil, es entspricht größtenteils dem des Vorjahres. Bei Eiern kann wegen der hohen Inlandsproduktion fast gänzlich auf Importe verzichtet werden. Die Preise sind nahezu unverändert.

Zwtl.: Fische

Die Versorgung mit frischen Süßwasserfischen, wie dem traditionellen Weihnachtskarpfen, sowie die Anlieferung von frischen Seefischen ist ebenfalls gesichert. Die Preise entsprechen denen des Vorjahres.

Zwtl.: Fleisch- und Fleischwaren

Frischfleisch und Fleischwaren werden trotz der zu erwartenden höheren Nachfrage nach hochwertiger Ware ausreichend am Markt sein. Bei Schweinefleisch und Selchwaren kann mit Sonderangeboten gerechnet werden. Eine Preiserhöhung ist vor den Feiertagen nicht zu erwarten. Auch frisches und tiefgekühltes Wildbret ist bedarfsdeckend vorhanden. (Forts.) lei/gg

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (2)

Utl.: Gemüse

2 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das anhaltend milde Wetter sorgt derzeit für ein weitreichendes Angebot inländischer Gemüsesorten. Der Bedarf an typischen Wintergemüsesorten wie Chinakohl, Karotten, Weiß- und Rotkraut, Kohl, Kren und Sellerie kann nach guten Ernteergebnissen zur Gänze aus der Inlandsproduktion gedeckt werden. Dagegen läuft die Produktion von Frischgemüse wie Karfiol, Paprika, Glas- und Endiviensalat wahrscheinlich aus. Einer eventuellen Verknappung bei Eiern wird jedoch nötigenfalls durch Aufhebung der Importsperrern vorgebeugt werden. In ausreichenden Mengen sind derzeit und vermutlich bis Weihnachten ausländische Fisolen, Gurken, Paprika, Tomaten, Melanzani, Zucchini, usw. zu günstigen Preisen vorhanden.

Zwtl.: Kartoffel

Die Liefermengen werden die Nachfrage sicher abdecken können, die Preise liegen jedoch über dem Vorjahresniveau.

Zwtl.: Obst

Die Zufuhren an inländischen Äpfeln und Birnen sind etwas geringer als im Vorjahr, jedoch von ausgezeichneter Qualität. Die Preise liegen gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich. Die Versorgung mit Bananen ist ausreichend. Obwohl bis Weihnachten die Saison für Tafeltrauben zu Ende geht, kann weiterhin mit günstigen Traubenimporten aus Übersee gerechnet werden. Exotische Früchte wie Avocados, Kakis, Kiwis, Litschis und Mangos werden die breite Palette der Obstsorten abrunden. Zitronen, Orangen und Satsumas werden reichlich und zu günstigen Preisen vorwiegend aus den Mittelmeerländern angeliefert. Ergänzt wird das Angebot durch spanische Clementinen und Grapefruits aus verschiedenen Ländern.
(Schluß) lei/bs

Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling (1)

Utl.: Steigerung um 8,8 Prozent, mehr Spielraum für neue Aktivitäten

4 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Im Wiener Gemeinderat steht heute, Mittwoch, das Kulturbudget für das Jahr 1987 zur Debatte. Der Voranschlag 1987 in der Höhe von 902,6 Millionen Schilling liegt um 8,88 Prozent über dem Voranschlag 1986. Insbesondere konnten in den Bereichen Musikpflege, Sommerveranstaltungen, Förderung von Forschung und Wissenschaft, Förderung der bildenden Künste und Filmförderung wichtige Steigerungsraten im Budget erzielt werden. Für die Literatur sind neben dem Budgetanschlag von 2,16 Millionen Schilling zusätzliche Mittel vorgesehen, die innerhalb des Kulturbudgets aufgebracht werden sollen. Damit sollen die Mittel für Druckkostenbeiträge und Ankäufe erhöht werden.

Für Kulturstadtrat Franz MRKVICKA stellt das Budget 1987 "die Basis für eine Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Kulturpolitik und darüber hinaus die Möglichkeit, neue Initiativen auf verschiedenen Gebieten zu setzen" dar. Da 1987 der Investitionsaufwand unter dem von 1986 liegt, konnte in verschiedenen Bereichen der finanzielle Spielraum für neue Aktivitäten erweitert werden.

So kann auf dem Sektor "Förderung von Forschung und Wissenschaft" (Steigerung um 6 Prozent auf 22,2 Millionen) unter anderem die Förderung für die österreichische Akademie der Wissenschaften von 900.000 Schilling auf 1,3 Millionen erhöht werden. Weiters plant das Wissenschaftsreferat für 1987 Symposien zu den Themen "Wissenschaft und Wien", "Gast und Gastlichkeit", "Alltag im Wien des Biedermeier" und "Literatur und Wissenschaft". Auch eine Neuauflage der erfolgreichen "Vierteltour" steht auf dem Programm.

Zwtl.: Mehr Geld für bildende Künstler

Mit der Erhöhung des Ankaufsbudgets von 2,5 auf drei Millionen Schilling wird im Bereich der bildenden Kunst, die mit insgesamt 10,88 Millionen Schilling dotiert ist, ein weiterer Schritt zur Förderung der Wiener Kunstszene getan. Aktionen wie "Künstler in Berufsschulen" und "Kunst am Bau" sollen 1987 ebenso stattfinden wie zahlreiche Ausstellungen, die über das Referat für bildende Kunst aus dem Kulturschilling unterstützt werden, darunter die Ausstellung "Otto Dix", und "Deutscher Expressionismus". (Forts.) gab/bs

Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling (2)

Utl.: Mehr Geld für bildende Künstler

5 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Natürlich werden auch erfolgreiche Aktivitäten wie die Förderungsgalerien und die Artothek weitergeführt. Die Einrichtung einer Stadtgalerie ist im Gebäude der Wiener Börse geplant.

Das Historische Museum der Stadt Wien, das 1987 mit 80,79 Millionen Schilling dotiert ist, setzt sein erfolgreiches Ausstellungsprogramm fort, wobei die Biedermeier-Ausstellung Ende 1987 einen weiteren Höhepunkt verspricht.

Im Literaturbereich sind neben den verschiedenen Förderungsmaßnahmen wieder die erfolgreichen Literaturwochen, die Programmierung des Literarischen Zentrums, aber darüber hinaus auch ein Symposium zum Thema "Theater" während der Festwochen sowie als wichtige neue Initiativen Lesungen in den Außenbezirken, die durch Begleitprogramme aufgelockert werden sollen, und Lesungen in Schulen und Seniorenheimen geplant.

Zwtl.: Über 300 Millionen für darstellende Kunst

Die Förderung der darstellenden Kunst ist 1987 mit 302,43 Millionen Schilling veranschlagt, womit die Fixsubventionen für die Wiener Bühnen sowie die Bausubventionen für verschiedene Theater abgedeckt sind. Für die Freien Gruppen steht mit 8,5 Millionen im Wege der Produktionskostenzuschüsse und Prämien und 6 Millionen für das Freie-Gruppen-Fest der Festwochen im Herbst 1987 wiederum ein wesentlich angehobenes Budget zur Verfügung.

Auf dem Sektor der Musikpflege ist mit einer auf 89,5 Millionen Schilling angehobenen Subvention für die Wiener Symphoniker die finanzielle Basis für die kontinuierliche Weiterarbeit des Orchesters gegeben. Die Steigerung der Subventionen für Konzerthaus und Gesellschaft der Musikfreunde von je rund 400.000 Schilling auf jeweils drei Millionen sollen es den beiden Konzertveranstaltern ermöglichen, die Planung und Durchführung kulturpolitisch wichtiger Konzertreihen auf der Basis eines gesicherten Jahresbudgets zu organisieren.

Großteils dem musikalischen Sektor ist auch der Budgetposten "Sommerveranstaltungen" gewidmet, der auch aufgrund der Qualitätssteigerungen des musikalischen Sommerprogrammes angehoben wird.

Die erfolgreichen Maßnahmen im Bereich Altstadterhaltung und Ortsbildpflege werden mit einem Budgetansatz von 86,11 Millionen Schilling fortgesetzt, wobei hier 1987 auch mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 100 Millionen weitere Impulse gesetzt werden sollen.

(Schluß) gab/gg

Weihnachtsaktion in der Stadtinformation

Utl.: Flipper-Spaß zum Nulltarif

6 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Wie in den Vorjahren hat die Stadtinformation auch heuer für die Besucher der Schmidt-Halle des Rathauses eine spezielle Weihnachtsüberraschung parat. Da so mancher in der hektischen Zeit vor Weihnachten zeitweise "ausflippt", sorgt nun ein Flipper für Entspannung und Unterhaltung. Zur Schonung des meist strapazierten Weihnachtsbudgets wurde der Stadtinformations-Flipper allerdings umgebaut und nimmt somit kein Geld. Bis zu vier Spieler können gleichzeitig ihre Geschicklichkeit auf die Probe stellen.

Für Weihnachtsstimmung sorgt ein liebevoll geschmückter Christbaum.

Der Gratis-Flipper steht bis 31. Dezember jeweils von Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 18 Uhr zur Verfügung. Am 24. und 31. Dezember sind die Spielzeiten von 7.30 Uhr bis 15 Uhr. (Schluß)
red/rr

NNNN

EBS: erste Gesprächsrunde des Finanz- und Kontrollausschusses

7 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zu einer ersten Gesprächsrunde über den aktuellen Stand der Ertüchtigung des Umweltprojekts Simmering - bestehend aus EBS und Hauptkläranlage - trat Donnerstag Früh der Finanz- und Kontrollausschuß des Wiener Gemeinderates zusammen. Dabei wurden Berichte der Geschäftsführung der EBS und der Stadtbau- direktion über das Projekt vorgelegt, die in einer weiteren Sitzung der beiden Ausschüsse, entweder kurz vor oder kurz nach Weihnachten, noch ausführlich behandelt und diskutiert werden sollen.

Vizebürgermeister Hans MAYR betonte in der Gesprächsrunde, das ursprüngliche Gesamtprojekt sei nach Übernahme der EBS durch die Wiener Holding in zwei große Phasen zerlegt worden: Phase 1 betrifft die Rauchgaswäsche, die bessere Entwässerung und Verbrennung des gesamten Klärschlammes und Maßnahmen zur Beseitigung der Geruchs- belästigung. In der Realisierung der Phase 1 mache man gute Fortschritte: Im Jahr 1987 wird die Rauchgaswäsche in Betrieb gehen, ebenso wird das Problem der Schlamm Entsorgung (und damit auch die Einleitung eines Teils des Schlammes in den Donaukanal) endgültig vom Tisch sein. Die Maßnahmen zur Beseitigung der Geruchsbelästigung werden 1987 durchgeführt sein. Für die Phase 2 - den Ausbau der Kläranlage zu einer Vollbiologie - läuft derzeit ein Ganzjahresver- such (über eine warme und kalte Periode): Man habe sich zu diesem sorgfältigen Vorgehen auch deshalb entscheiden können, weil man durch den Aufschub einer Entscheidung über den weiteren Donauausbau unterhalb Wiens Zeit gewonnen habe, meinte Vizebürgermeister Mayr.

Sprecher aller drei Fraktionen - der SPÖ, der BVP und der FPÖ - wünschten eine weitere Gesprächsrunde der zwei Ausschüsse, da die Zeit der heutigen Sitzung - eine Stunde vor dem Beginn der Gemein- deratssitzung - als zu kurz für eine detaillierte Erörterung angesehen wurde. Außerdem wurde gefordert, daß neben der Geschäftsleitung der EBS auch die Herren der Stadtbau- direktion bei der nächsten Gesprächsrunde anwesend sein sollten. (Schluß) sei/rr

Amtliche Weinernteerhebung in Wien: Meldepflicht!

13 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Auf Grund des Weingesetzes wird in Wien jährlich eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität durchgeführt.

Vor knapp einem Monat schickte deshalb das Wiener Marktamt Formulare an die rund 900 Weinhändler und Weinbauern mit der Aufforderung, diese Formulare zur Erhebung des Weinbestandes bzw. des Ernteertrages bis spätestens 15. Dezember 1986 vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllt zurückzuschicken. Da bis jetzt erst rund ein Drittel der Betriebe dieser Verpflichtung nachgekommen ist, weist das Marktamt darauf hin, daß Verwaltungsstrafen verhängt werden müssen, wenn diese Meldungen nicht termingerecht und korrekt erfolgen. (Schluß) lei/gg

Wie das Gaswerk Leopoldau entstand

14 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Vor 75 Jahren, am 17. Dezember 1911, ging das städtische Gaswerk Wien-Leopoldau in Betrieb. Der Bau dieses zweiten Gaswerks, nach dem Werk in Simmering war notwendig geworden, weil die Verträge der beiden privaten Gasversorgungsgesellschaften ausliefen. Das Gas wurde damals aus Steinkohle erzeugt.

Dipl.-Ing. Rudolf SCHLAUER, Direktor der Gaswerke und auch als Historiker und Sachbuchautor bekanntgeworden, wird am kommenden Sonntag, dem 14. Dezember, um 10 Uhr im Technischen Museum über die Entstehung des Gaswerkes Leopoldau und seine Schöpfer berichten. Wer sich für die Geschichte Wiens interessiert, ist herzlich eingeladen, bei freiem Eintritt an dieser Veranstaltung, die vom Blasorchester der Gaswerke umrahmt wird, teilzunehmen. (Schluß) roh/rr

NNNN

Flohmarkt für "Licht ins Dunkel"

15 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe veranstalten am Samstag, dem 13. Dezember, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr in der Passage der U-Bahn-Station Stephansplatz einen Flohmarkt, dessen Reinertrag zur Gänze der Aktion "Licht ins Dunkel" zufließt.

Es gelangen gebrauchte Ausrüstungsgegenstände der Tramway zum Verkauf. Diesmal gibt es auch einige seltene Dachsignale bereits eingestellter Linien.

Außerdem wird der Fahrerstand-Simulator aufgestellt und damit die Gelegenheit geboten, sich als Fahrer eines E2-Triebwagens zu versuchen. (Schluß) roh/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

8 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Budgetdebatte des Gemeinderates wurde am Donnerstag mit der Geschäftsgruppe Kultur und Sport fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß für die künstlerische Entfaltung in der Stadt erhebliche finanzielle Mittel notwendig seien. Die Wiener differenzierten allerdings nicht, ob diese Mittel vom Bund oder der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden, sondern für sie seien beispielsweise die Theater Bestandteile des Wiener Kulturlebens. Es sei daher wichtig, daß die Verantwortung für die Kultur nicht dem Bund allein zugeschoben werde. Zwar habe es bereits unter Minister Firnberg Ideen für ein Museumskonzept gegeben, und auch er selbst habe bereits vor Jahren einen Ideenwettbewerb für den Messepalast angeregt. Trotzdem gehe seit Jahren nicht viel weiter. Dies treffe auch auf die Sanierung des Kunsthistorischen Museums zu. Das Technische Museum habe in den letzten Jahrzehnten keine Veränderung mehr erfahren. Er, Pawkowicz, halte die vier leerstehenden Gasometer in Simmering ideal geeignet für ein Technisches Museum. Das Nutzungskonzept dafür sollte gemeinsam von Stadt Wien und Bund erarbeitet werden. Auch ein Ideenwettbewerb sollte durchgeführt werden.

Pawkowicz befürwortete die Subvention für die Symphoniker, die unter Dr. Zilk als Minister vernachlässigt worden seien. Es sei ihm aufgefallen, daß für wichtige Kulturprojekte wie Ronacher oder Neugebäude zu wenig oder gar keine Budgetmittel vorhanden seien. Er habe daher den Verdacht, daß entweder einmal das Kulturbudget platzen könnte oder überhaupt nichts mehr für die Kultur getan werde.
(Forts.) du/b5

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

9 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß mit wenigen Ausnahmen alle Ansätze hinter dem Rechnungsabschluß 1985 zurückblieben. Gelder würden in erster Linie für große Institutionen zur Verfügung gestellt, die kleinen blieben auf der Strecke. Der Wiener Theaterverbund werde hohe Kosten verursachen. Es sei fraglich, sagte Kauer weiter, ob für die Förderung junger Gruppen mehr als ein halbes Prozent des Kulturbudgets aufgewendet werde. Der Staatsvertrag mit dem Bund über die Theaterförderung sei, weil zu vage formuliert, keinen Schilling wert.

Beim Grassalkovich-Schlößl, beim Ronacher, beim Neugebäude und beim Palais Harrach geschehe so gut wie nichts. Begrüßenswert sei die Schaffung des Theaterverbundes, der Stopp weiterer Theatergründungen und der "Schnitt" bei den Komödianten. Zu kritisieren sei jedoch, daß immer weniger Mittel frei verfügbar sind. Die kritische Situation zeige sich etwa an der geringen Ausstattung für Bildende Kunst. Für eine offensive Kulturpolitik fehlten Voraussetzungen, Möglichkeiten und Mittel. Anstelle der Priorität der Institutionensubventionierung sollte die Künstlerförderung treten. Ein Theaterproduktionsfonds könnte eine erfolgreiche Maßnahme sein. Angesichts drückender Raumnot stellte GR. Mag. Kauer den ANTRAG, die Stadt Wien solle ehestens mit dem Bund Verhandlungen aufnehmen, um möglichst rasch Unterrichts- und Probenräumlichkeiten sowohl für die Musikschule der Stadt Wien als auch für die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst bereitstellen zu können. Neben anderem forderte Kauer außerdem einen internationalen Wettbewerb für die "Stadtmöblierung". (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

10 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) wies die Kritik am Kulturbudget von Mag. Kauer als überzogen und durch Entstellungen, Verzerrungen und Übertreibungen gekennzeichnet zurück. Im Gegensatz zu den Aussagen von Kauer sei das Kulturbudget um 8,88 Prozent von 828 auf 902 Millionen Schilling gestiegen, womit sich insgesamt die Möglichkeit zahlreicher neuer kultureller Aktivitäten ergebe. Durch den Wegfall von Investitionen können etwa in den Bereichen der bildenden Kunst und der darstellenden Kunst Budgetmittel freigemacht werden, die dem Aktivitäten-Budget zugutekommen. Im Bereich der darstellenden Kunst weise ein entsprechender Ansatz etwa ein Plus von 27 Millionen aus, im Bereich der bildenden Kunst konnte das Ankaufsbudget von 2,5 auf 3 Millionen erhöht werden. Durch ein Übereinkommen mit dem Bund wurde eine solide Basis für die Wiener Privattheater geschaffen, für die freien Gruppen soll ein neuer Theaterraum auf dem Engelsplatz zur Verfügung gestellt werden. Weiters verwies Aigner auf die Planung einer städtischen Kunstgalerie in der Börse, auf die Subventionserhöhung für die Wiener Symphoniker, den Musikverein und das Konzerthaus, auf die musikalischen Aktivitäten rund ums Jahr von den Haydn-Tagen bis zum Advent in Wien, auf die Erweiterung der literarischen Veranstaltungen mit Lesungen in den Bezirken und Schulen und auch auf die Veranstaltungen des Wissenschaftsreferates, die Tätigkeit der Stadt- und Landesbibliothek sowie des Stadt- und Landesarchivs und das Ausstellungsprogramm des Historischen Museums der Stadt Wien, das noch durch zahlreiche andere vom Kulturamt geförderte Ausstellungen ergänzt wird. Diese Aktivitäten und viele andere sind Zeichen einer sehr offensiven Kulturpolitik, sagte Aigner, was auch im In- und Ausland anerkannt werde. Man könne jedoch auch wie die ÖVP die Augen und Ohren schließen, nur um einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

11 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die "Freizeitgesellschaft" wende immer mehr Stunden des Tages für individuelle Interessen auf, erklärte GR. PUTZ (ÖVP). Es sei deshalb bedauerlich, daß bei rund fünfeinhalb Stunden Freizeit täglich das Fernsehen mit eineinhalb Stunden dominiere, der Sport aber weit abgeschlagen liege. Es sei deshalb für seine Fraktion nicht einzusehen, warum das Budget 1987 die Sportvereine benachteilige. Sportvereine und Dachverbände fielen immer mehr der allgemeinen Subventionskürzung zum Opfer, kritisierte Putz, während Eigenveranstaltungen der Stadt Wien immer besser dotiert seien. So könne der Parallelslalom auf der Hohen-Wand-Wiese eher als eine Fremdenverkehrsveranstaltung gelten, denn als ein Sportereignis. Ähnliches gelte auch für den Stadtmarathon.

Man müsse den Sport von finanziellem Druck und Abhängigkeit erlösen und ihn von parteipolitischen Absichten und Auswirkungen befreien. So halte er beispielsweise eine Ermäßigung beim Kauf der Jahreskarte Eisring-Süd für SPÖ-Mitglieder nicht für gerechtfertigt, sagte Putz. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

12 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte, daß die nunmehrige nachträgliche Zustimmung der ÖVP zur Renovierung des Wiener Stadions erfreulich sei. Das Wiener Stadion gehöre jetzt zu den schönsten Sportstätten der Welt und wird die Wiener Sportszene enorm beleben.

In Wien betreuen 60 Sportfachverbände mit 1.600 Vereinen rund eine Viertel Million aktiver Sporttreibender. In Zusammenarbeit mit dem Sportamt der Stadt Wien werden zahlreiche erfolgreiche Aktionen durchgeführt, wie beispielsweise das Jugendeislaufen oder die "Fahrten zum Schnee". Damit werde vor allem der Breitensport gefördert, der in Anbetracht der wachsenden Freizeit einen immer größeren Stellenwert in der Freizeitgestaltung der Bevölkerung einnehme.

Brosch dankte dem ausscheidenden GR. ARTHOLD (ÖVP) für seine langjährigen Bemühungen um den Sport.

Wie in der Vergangenheit werden auch in den nächsten Jahren internationale Sportveranstaltungen, wie der Stadtmarathon, in Wien abgehalten. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

18 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ) erklärte, daß ihm im Bereich Fremdenverkehr und Sport die öffentliche Resonanz ein besonders Anliegen sei.

Der Stadtmarathon sei nicht, wie die ÖVP behaupte, eine bloße Werbeveranstaltung für die Stadt Wien, sondern viele sportbegeisterte Wiener trainieren monatelang aus Begeisterung dafür. Er freue sich über die Zustimmung der ÖVP zum neuen Wiener Stadion, betonte Mrkvicka.

Mrkvicka meinte, die verschiedenen Sportvereine sollten sich auch für vereinsungebundene Sportler öffnen. Es habe bereits Gespräche mit der Union und dem ASKÖ gegeben. Für 1987 seien finanzielle Mittel speziell für kleine Vereine vorgesehen. Mrkvicka hob hervor, daß im Landessportrat GEMEINSAME Beschlüsse von SPÖ und ÖVP getroffen werden.

Zum Bereich Kultur stellte Mrkvicka fest, daß es für das Kunsthistorische Museum einen Ablaufplan des Bautenministeriums gebe. Für 1987 sind für die Bauarbeiten an der Lüftung und den Aufzügen 12,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Unter "offensiver Kulturpolitik" verstehe er das Erhalten und Ausbauen der zentralen Kulturbereiche in der Stadt. Schwerpunktverbesserungen sind beispielsweise in den Bereichen Theaterarbeit, Literaturpflege und Bezirkskultur vorgesehen.

Er halte es für einen ökonomischen Weg, die Ergebnisse des vergangenen Jahres als Ansätze für das Kulturbudget des kommenden Jahres zu sehen.

Abschließend erklärte Mrkvicka, daß es ihm ein besonderes Anliegen sei, Wien als Kulturmetropole in das internationale Bewußtsein zu rufen. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Schlußwort Vizebürgermeister Mayr

19 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort befaßte sich Vzbgm. Hans MAYR (SPÖ) mit dem ÖVP-Mißtrauensantrag gegen Umweltstadtrat Braun. Er sagte, in keinem so heiklen Bereich wie dem Umweltschutz sei die erste und wichtigste Voraussetzung einer Diskussion, daß ernsthafte Probleme aufgelistet und analysiert sowie Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Dazu gehöre auch, "daß wir einander in der politischen Arbeit ernst nehmen und viel Gewicht darauf legen." Und weiter: "Mit diesem Antrag wird ein politischer Gag gezündet, aber keineswegs in einer sachlichen Frage eine wirkliche Lösung versucht. Dieses sachliche Problem wird von uns in Zukunft noch viel tiefere Eingriffe verlangen", sagte Mayr und vertrat die Ansicht, die ÖVP werde gegen diese tiefen Eingriffe ernsthafte Bedenken haben, "weil sie sich gegen die Marktwirtschaft richten müssen, die mit ihren Grundsätzen Probleme hervorruft, die sie dann anderen zur Lösung überläßt".

Zwtl.: Abstimmung

ABSTIMMUNG: Von den insgesamt 23 in der Debatte eingebrachten ANTRÄGEN wurden 22 einstimmig zugewiesen.

Der MISSTRAUENSANTRAG gegen Stadtrat Braun fand nur die Zustimmung von FPÖ und ÖVP und blieb damit in der Minderheit.

Der VORANSCHLAG für das Jahr 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die "ERINNERUNGEN" zum Budget wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Der GEBÜHRENSPIEGEL (Gebühren und tarifmäßige Entgelte) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der FINANZ- UND INVESTITIONSPLAN sowie die Verordnung über die Feststellung der WERTGRENZEN wurden einstimmig zur Kenntnis genommen bzw. angenommen. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

20 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) beantragte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987. Der Wirtschaftsplan sehe umfangreiche Investitionen und Umweltmaßnahmen vor und zeige eine stabile Finanzentwicklung. Die Ausgangslage für die Wirtschaftsplan 1987 habe sich günstiger dargestellt als für jenen des Jahres 1986. So sei für 1987 ein Verlust von 518 Millionen gegenüber 616,3 Millionen für 1986 ausgewiesen. Für Investitionen stehen 3,085 Milliarden Schilling zur Verfügung. Damit habe sich innerhalb von vier Jahren die zur Verfügung stehende Investitionssumme um mehr als 500 Millionen Schilling erhöht.

Die Wiener E-Werke planen für 1987 Investitionen in der Höhe von 2,063 Milliarden Schilling. Die Schwerpunkte liegen dabei im Bereich der Kraftwerke Simmering und Donaustadt, beim Gasturbinenkraftwerk Leopoldau, bei Umspannwerken und beim Lastverteiler sowie im Bereich Ausbau und Sanierung der Leitungsnetze und Erweiterung des Kundendienstes.

Den Gaswerken steht ein Betrag von rund 348 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung. Etwa 2,16 Milliarden werden für den Erdgasbezug aufgewendet, sagte Hatzl. Der größte Teil dieser Mittel wird in die Erhaltung und den Ausbau des Rohrnetzes investiert.

Die Wiener Verkehrsbetriebe, erklärte Hatzl, planen für 1987 eine Investitionssumme von 877,5 Millionen für Gleiserneuerungen, für Neuanschaffungen im Bereich des Wagenparks, den Bau einer Autobusabstellhalle und die Weiterführung der Beschleunigungsprogramme. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

21 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Für den U-Bahn-Bau im Jahr 1987 sei, aufgrund der zwischen Bund und Land Wien geschlossenen Vereinbarung, die volle Finanzierung in der Höhe von 4,6 Milliarden gesichert. Das bedeute eine Milliarde mehr als 1986, führte Hatzl weiter aus. Schwerpunkte stellen die Baubeginne im Bereich Mariahilfer Straße sowie die Arbeiten im westlichen Abschnitt der Inneren Stadt und an der Verlängerung der U 6 dar. Insgesamt werden die Kosten für den U-Bahn-Betrieb im Jahr 1987 erstmals über eine Milliarde Schilling betragen.

Für die städtische Bestattung sind 1987 Investitionen von rund 16 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Fünfjahresplan der Wiener Stadtwerke mit vorgesehenen Investitionen von 18,5 Milliarden unterstreiche die große Bedeutung dieses Bereichs für die Wiener Wirtschaft.

Zur Tarifpolitik der Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien stellte Hatzl fest, daß die Tarife korrekt und gerechtfertigt seien. Der Straßenbahntarif werde entsprechend den Ankündigungen 1987 und 1988 keine Änderung erfahren. Der Stromtarif werde ebenso wie der Fernwärmetarif 1987 gleich bleiben. Der 1986 bereits mehrfach gesenkte Gaspreis, merkte Hatzl an, habe bis zum 30. April 1987 Gültigkeit, und eine Erhöhung sei für 1987 auszuschließen, wenn keine wesentliche Änderung des Einstandspreises eintrete. (Forts.)
jel/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

22 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Vorwürfen der Wiener ÖVP, die Stadtwerke würden durch unkorrekt erstellte Tarife den Konsumenten prellen, erklärte Hatzl, diese falsche Behauptung fördere nicht die Vertrauensbasis zwischen Konsumenten und Stadtwerke. Derartige Stellungnahmen bedeuteten Beamten, Interessensvertretungen und allen in der Preisbehörde vertretenen Kammern das Mißtrauen auszusprechen. Er bedaure die unsachliche Diskussion, erklärte Hatzl, und wies darauf hin, daß die Wiener E-Werke und die NEWAG als einzige Landesgesellschaften derzeit gegenüber 1982 niedrigere Tarife hätten. Alle Vorwürfe, die die Opposition jetzt an die Wiener E-Werke richtet, müßten daher auch für die in die Verantwortung von ÖVP-Politikern fallende NEWAG zutreffen, schloß Hatzl. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

23 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß in Wien der teuerste Strompreis verrechnet werde. Auch die vergleichbaren Strompreise der NEWAG seien als unverschämt zu bezeichnen. Trotz gesunkener Rohöl- und Gaspreise werde den Konsumenten noch immer keine Strompreisverbilligung in Aussicht gestellt. Der Abgeordnete forderte, daß die Stadtwerke und das Handelsministerium den Strompreis nochmals prüfen und durchkalkulieren sollten. Desgleichen sollte auch der Gaspreis weiter gesenkt werden.

Pawkowicz forderte außerdem mehr Transparenz für die Finanzsituation der einzelnen Unternehmungen der Wiener Stadtwerke. Voraussetzung dafür sei eine Entkoppelung.

Die Straßenbahn sei zu teuer, zu unpünktlich und zu unverlässlich, fuhr der Redner fort. Eine Umfrage unter Autofahrern ergab, daß sich doch viele für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel entscheiden würden, fielen die erwähnten Nachteile weg. Dazu sei es aber auch notwendig, daß die Beschleunigungsmaßnahmen rascher durchgeführt werden. Abschließend forderte Pawkowicz die Verlängerung der Strecken der U 1 und der U 4.
(Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

24 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) forderte die Senkung des Strompreises. Aus dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke gehe hervor, daß der Strompreis aufgrund unrealistischer Berechnungsmethoden künstlich hochgehalten werde. So seien die Rohstoffkosten für 1986 wie auch für 1987 falsch ausgewiesen und viel zu hoch angesetzt worden. Das gleiche gelte auch für die Gaswerke. Insgesamt seien falsche Ansätze in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Weiters sei bei den E-Werken der Ansatz für Personalkosten 1987 mit einem Plus von 6,93 Prozent zu hoch angesetzt, darüber hinaus enthalte der Wirtschaftsplan der E-Werke wie auch der Gaswerke entgegen den Behauptungen der SPÖ Pensionsausgleichszahlungen. Stratil kritisierte auch die Bezahlung von Gebrauchsabgaben, die die Gas- und E-Werke im Gegensatz zur Post für die Verlegung von Kabeln leisten müssen, und forderte in einem ANTRAG die Befreiung der Stadtwerke von dieser Abgabe und die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen dafür. In Bezug auf den Strompreis stellte Stratil den ANTRAG, der Wiener Stadtsenat möge an den Rechnungshof das Ansuchen stellen, die Kalkulationsunterlagen der E-Werke zu überprüfen. In einem weiteren ANTRAG forderte Stratil, die Anzahlungen der Konsumenten auf die Jahresrechnungen ab sofort zu streichen, da diese ein zinsenloses Darlehen der Verbraucher an die Stadtwerke darstellten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

25 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. CVETKOVIC (ÖVP) befürwortete in seinem Debattenbeitrag die Sanierung des Wiener Gasnetzes. Allerdings werde es bis zum Jahr 1991 ein Abgabeminus geben, da viele Gasabnehmer bis dahin auf Fernwärme umgestiegen sein werden. Man könnte daher Einsparungen treffen und nicht so starke Gasleitungen verlegen.

Auch wenn es einen Anschlußzwang an die Fernwärme gebe, sollte den Mietern trotzdem die Möglichkeit geboten werden, sich eine Gasheizung anzuschaffen. Dies wäre auch ein Vorteil für die Wirtschaft. Cvetkovic schlug vor, daß StR. Hatzl eine Adressenliste jener Häuser, die im Laufe der nächsten Jahre auf Fernwärme umgestellt werden, der Landesinnung der Installateure zur Verfügung stellen sollte, um sowohl den Mietern als auch den Gewerbetreibenden Erleichterungen zu verschaffen. Außerdem sollten die Heizbetriebe genaue Normen für die Installation von Heizungen herausgeben, um die Zusammenarbeit zwischen HBW und Installateuren zu verbessern und zu erleichtern.

GR. Cvetkovic stellte den ANTRAG, die Wiener Stadtwerke-Gaswerke mögen im Interesse der betroffenen Bevölkerung analog der Regelung beim Wiener Wassergesetz die Kosten der Instandhaltung von Gasabzweigleitungen vom Hauptstrang zu den Häusern übernehmen.

(Forts.) du/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

26 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungshof, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP), habe bei der Überprüfung des Strompreisantrages der Salzburger Stadtwerke die Angabe von überhöhten Selbstkosten, Zahlungen für andere Stadtwerksbetriebe und die Einbeziehung von Verzinsungen für Rückstellungen in die Berechnungen festgestellt. Diese Art der Preisfestsetzung sei volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt, habe der Rechnungshof erklärt. Laut Rechnungshof sei es üblich, derartige Preisanträge in Abstimmung mit allen anderen Energieversorgungsunternehmen zu stellen. Dies lasse den Schluß zu, daß auch in Wien überhöhte Preisanträge gestellt worden seien. Kreiner stellte den ANTRAG, dem Ausschuß Verkehr und Energie die letzten drei Strompreisanträge und die dazugehörigen Beilagen und Kalkulationsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Geschehe dies nicht, sagte Kreiner, so müsse man den Schluß ziehen, daß Wien bei der Kalkulation der Strompreise nach den gleichen Kriterien wie die Salzburger Stadtwerke vorgehe. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

27 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) trat der Behauptung entgegen, Wien habe den höchsten Strompreis Österreichs. Richtig sei vielmehr, daß Wien an der 6. Stelle unter den österreichischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen liege. Während in den anderen Bundesländern in den letzten Jahren die Preise gestiegen seien, sei in Wien der Strompreis sogar gesunken. Hirsch beleuchtete in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Voraussetzungen für die Stromaufbringung in Wien und anderen Bundesländern und betonte dabei den hohen Kostenanteil, den Wien zu tragen habe, weil in den kalorischen Kraftwerken möglichst umweltfreundliches Öl verfeuert wird. In diesem Zusammenhang wies er auf die milliardenteuren Umweltschutzinvestitionen hin, die von den Wiener E-Werken erbracht werden. Es sei "unanständig" den Beamten zu unterstellen, bei der Preiskalkulation von unrichtigen Voraussetzungen auszugehen. Dies umso mehr, als die Preiskalkulation vor der Genehmigung einer Vielzahl von Interessensvertretungen und Behörden vorzulegen ist. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

28 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JEDLETZBERGER (ÖVP) führte aus, daß die hohen Energiekosten für die Gärtner eine schwere Belastung darstellen. Da manche Gärtner mit Erdgas heizen, wurde Stadtrat Hatzl um die Festsetzung eines billigeren Tarifes ersucht. Leider, so Jedletzberger, lehnte Hatzl dieses Ansuchen mit der Begründung ab, daß ein billigerer Tarif von einer höheren Verbrauchsmenge abhängt. Diese Auskunft stehe im Gegensatz zu der Tatsache, daß gerade während der Heizsaison (vom 1. Oktober bis 31. März) ein höherer Erdgaspreis verrechnet werde. Auch Bemühungen um billigere Energiequellen, wie beispielsweise die Nutzung der Abwärme der ÖMV, scheitern seit Jahren. Da die Gemüsebauer den Wiener Markt zu 70 Prozent mit Frischgemüse versorgen und mit Rücksicht auf eine gesunde Umwelt forderte Jedletzberger billigere Gastarife für die Gartenbauer. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

29 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HUFNAGL (SPÖ) wies darauf hin, daß Wien mit 588 Millionen Beförderungsfällen im öffentlichen Nahverkehr den höchsten Stand seit 1945 erreicht hat. Dies wurde durch den Ausbau des U-Bahn-Netzes, durch die Beibehaltung eines dichten Straßenbahnnetzes und die Ausweitung des Autobusnetzes sowie das günstige Angebot an Zeitkarten erreicht. Insgesamt werden derzeit bereits 84 Prozent der Passagiere mit Zeitkarten und Schülerkarten befördert. Aus verkehrstechnischen Gründen einerseits und aus sozialpolitischen Aspekten andererseits kann der öffentliche Verkehr nur betriebswirtschaftlich defizitär arbeiten, sagte Hufnagl. In diese Rechnung müssen jedoch auch die Umwegrentabilität und der volkswirtschaftliche Nutzen miteinbezogen werden. Zur Fahrpreis-situation in Wien bemerkte Hufnagl, daß sowohl innerhalb Österreichs als auch im Vergleich mit deutschen Städten die Wiener Fahrpreise, insbesondere bei den Zeitkarten konkurrenzlos billig seien. Hufnagl verwies darauf, daß für das Jahr 1987 mit Intervallverdichtungen, u. a. für U 2 und U 4, mit Betriebsverlängerungen und mit neuen Autobuslinien sowie Beschleunigungsmaßnahmen weitere Verbesserungen für den Fahrgast geplant seien. Auf dem Investitionssektor ist auch der Ersatz alten Fahrzeugbestandes, weiters der Beginn des Umbaus des Südtiroler Platzes sowie des Bahnhofes Vorgarten geplant. Im Bereich des U-Bahn-Baues sind durch den Weiterbau der U 3 und U 6 enorme Impulse für die Wirtschaft zu erwarten. Durch den Staatsvertrag mit dem Bund konnte der Weiterbau der U 6 bis Siebenhirten und der U 3 bis Ottakring gesichert werden. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

30 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. REGLER (ÖVP) kritisierte, daß beim Vertrag zwischen Bund und Stadt Wien betreffend den U-Bahn-Bau ab 1990 konstante Beträge vereinbart worden seien, obwohl man annehmen könne, daß die Kosten explodieren werden. Außerdem sehe er Schwierigkeiten bei der Einhaltung des Terminplanes. Dieser Vertrag brächte für Wien nicht nur Vorteile, sondern es wurde zum Beispiel auf die Einbeziehung der Verlängerung der U 3 nach Simmering, auf die Beteiligung des Bundes an Park-and-ride-Plätzen und auf die Beteiligung bei Aufzugseinbauten in U-Bahn-Stationen verzichtet.

Regler kündigte eine Anfrage an, wann sich die politischen Gremien mit der Tieferlegung von Fahrbahnen im Rahmen des U-Bahn-Baus, wie zum Beispiel beim Europaplatz, beschäftigen werden.

Er stellte zwei ANTRÄGE:

1. Die Stadt Wien soll sich bei den österreichischen Bundesbahnen dafür einsetzen, daß ab 30. Mai 1987 alle aus- und einfahrenden Züge in den Bahnhöfen Hütteldorf und Meidling halten.
2. Ab dem Tag der Aufnahme des Schnellbahnverkehrs auf der Vorortelinie soll die Autobuslinie 34A von Floridsdorf zur Station Heiligenstadt und von dort über die Heiligenstädter Straße zur Station Nußdorfer Straße und zurück geführt werden, wobei die genaue Streckenführung noch im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung des 19. Bezirks festzulegen ist.

Abschließend stellte Regler fest, daß im Rahmen des Investitionsplans die für die Beschleunigung der öffentlichen Verkehrsmittel vorgesehenen 36 Millionen zu wenig seien. Außerdem sollte bei der Durchführung des Ampelprogramms auf die Verkehrsbetriebe Rücksicht genommen werden. Weiters befürwortete er - wenn notwendig - eine Erweiterung des Bauprogramms für Waggonen.
(Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

31 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie fordere immer wieder Tarifsenkungen, mache sich jedoch gleichzeitig für immer neue Leistungen stark. Man müsse entscheiden, ob sich Wien selbst versorgen soll. Will man gleichzeitig etwas für den Umweltschutz leisten, dann sind etliche bestehende alte Kraftwerke durch umweltfreundliche neue zu ersetzen. Trotz immer wiederkehrender Energiesparappelle steige der Energieverbrauch. Da sei es unverständlich, daß GR. Dr. Hawlik an der Notwendigkeit eines Wiener Kraftwerkes (Staustufe Wien) zweifelt. Die ÖVP äußere auch immer wieder Zweifel an der Korrektheit des Wiener Strompreises, beziehe sich mit ihren Argumenten jedoch nur auf Salzburg. Wenn es an Beweisen fehle, sollte man Unterstellungen gegen Wien vermeiden.

Die Gasversorgung ist heute eine wichtige Grundlage unserer Energieversorgung, sagte Hengelmüller weiter. Die Gaswerke müssen sich zur Sicherung der Versorgung auch dann mit Gas eindecken, wenn die Einstandskosten hoch sind. Dieses teure Gas wird auch dann noch abgegeben, wenn die Einkaufskosten sinken. Dadurch, daß die E-Werke zur Stromerzeugung bereits mehr als vier Fünftel Gas verwenden, sind die Emissionen gegenüber 1980 auf weniger als ein Drittel gesunken. Die nun fertiggestellte Ringleitung sei der Garant für sichere Versorgung. Schließlich, so ergänzte Hengelmüller, seien die Wiener Stadtwerke auch ein potenter Wirtschaftsfaktor und tragen maßgeblich zur Arbeitsplatzsicherung bei. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

32 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wirtschaftsplan, erklärte StR. HATZL in seinem Schlußwort, werde mit der nötigen kaufmännischen Vorsicht erstellt.

Die Behauptung, daß der Wiener Strompreis der höchste sei, wies Hatzl zurück. Der Preis für die Kilowattstunde bei der BEWAG betrage 214 Groschen, bei der SAVE 203 Groschen, in Linz 196 Groschen, bei der OKA 195 Groschen und bei der NEWAG 193. Die STEWAG und die Wiener E-Werke hätten einen Kilowattstundenpreis von 188 Groschen.

Die ÖVP habe bei ihrer Kritik an der Kalkulation des Strompreises die Zahlen des Wirtschaftsplanes mit dem Kalkulationschema des Strompreises durcheinander gebracht. Die Bar-Subvention an die Verkehrsbetriebe in der Höhe von 190 Millionen Schilling fließe selbstverständlich nicht in die Preiskalkulation ein. Zinsenlose Darlehen würden von den E-Werken nicht gewährt. Darüber hinaus trügen die E-Werke nur die Pensionen ihrer eigenen Bediensteten, was auf einen einstimmigen Beschluß des Gemeinderates aus dem Jahre 1970 zurückgehe. Die Aussagen der ÖVP über den Rechnungshofbericht und die in Wien gehandhabte Praxis der Preisanträge basieren, erklärte Hatzl, auf bloßen Vermutungen. Er sei davon überzeugt, daß sowohl die Interessensvertretungen als auch das zuständige Ministerium die Preiskalkulationsunterlagen nicht ungeprüft hinnähmen. Zu der Forderung nach Ermäßigung des Gaspreises für Gärtnereibetriebe sagte Hatzl, man könne es sich nicht so leicht machen. Auch die Gärtner sollten umweltbewußt Heizmaterial verwenden, das ihre Kulturen schütze. Der Gaspreis für Gärtnereibetriebe liege wesentlich unter dem Haushaltstarif. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

33 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Bei normaler Verkehrssituation funktioniere der öffentliche Verkehr in Wien pünktlich und rasch, sagte Hatzl. Das Geld für die Beschleunigungsmaßnahmen sei vorhanden, doch scheiterten zahlreiche Maßnahmen am Einspruch von Handel, Anrainern und Bezirken.

Zum U-Bahn-Vertrag zwischen Bund und dem Land Wien sagte Hatzl, verschiedene Anregungen würden in den weiteren Gesprächen berücksichtigt werden.

Zwtl.: Abstimmung

Die in der Debatte gestellten ANTRÄGE wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung endete um 16.55 Uhr. (Schluß) jel/rr